

Ein Steuergeschenk zu Weihnachten

USA: Reform nutzt Reichen – Könnte Trump aber schaden

Von Martin Bialecki

Washington. Endlich Weihnachten, und das schon am 20. Dezember. Für die Republikaner ist es der lange ersehnte Erfolg, und sie reklamieren es als historischen Tag für die USA: Ihre Steuerreform ist durch. Zum Ende eines chaotischen Jahres besannen sie sich ihrer Übermacht und stimmten für das Gesetz. Andere sagen: Sie drückten es durch, ohne Anhörungen und in Eile.

Die Schlussphase dieses Gesetzes spiegelt die Hetze des Prozesses, das Repräsentantenhaus musste am Mittwoch nochmals ran. Um kurz vor 13 Uhr Ortszeit verkündet dann der Sprecher des Abgeordnetenhauses, das Gesetz sei durch. Mit größter Erleichterung donnert Paul Ryan den Hammer auf das Pult, sieht Amerika „befreit vom Griff gieriger Bürokraten“. „Es ist ein Moment, der Generationen definiert“, sagt er.

Dabei könnte die Reform den Republikanern noch schwer auf die Füße fallen – auch und gerade Trump persönlich.

Denn alle Analysen sagen: Ja, dieses ist eine umfassende Reform. Profitieren aber werden vor allem die Unternehmen und die Reichen. Und so einfach wie versprochen ist das System auch nicht geworden. Stück für Stück wurde das Paket auf die Superreichen zugeschnitten. Viele sind Großspender für die Partei.

„Trump verliert seine ‚Street Credibility‘, meinte die ‚Washington Post‘, seine Glaubwürdigkeit auf der Straße. Merken seine Anhänger erst, dass sie steuerlich doch gar nicht so sehr profitierten, könnte sein Erfolg im Halbzeitwahljahr 2018 nach hinten losgehen.“



Mitch McConnell, Mehrheitsführer im Senat, nach der Abstimmung. Foto: AFP

Die Demokraten geben sich sicher, dass 2018 ihre Botschaft verfährt, wonach Trump die einfachen Leute verraten habe. Sie hoffen im November auf eine Rückeroberung des Repräsentantenhauses – diese Kammer wäre für ein Verfahren zur Amtsenthebung zuständig.

Kurzfristig wird diese Reform einen positiven Effekt auf die Wirtschaft haben. Aber je mehr Jahre vergehen, umso mehr steigen die Steuern wieder an – für Privatleute, für Unternehmen nicht.

Beim Thema Steuern zerfällt Amerika in zwei Lager: die republikanische Idee von so wenig Staat wie möglich versus die Vorstellung der Demokraten vom Wohlfahrtsstaat. Nun habe die „republikanische Orthodoxie“ gesiegt, so die „New York Times“. Der konservative Kommentator John Podhoretz meint: „Sowas passiert halt, wenn Republikaner an der Macht sind. Sie senken die Steuern. Wenn Sie das erschüttert oder empört, haben Sie die letzten 40 Jahre nicht aufgepasst.“

Zu Besuch im Krisenland

Gabriel macht sich in Afghanistan persönlich ein Bild von der Sicherheitslage – Minister offen für mögliche Aufstockung der Truppe

Von Michael Fischer

Kabul. Nur selten landen Passagiermaschinen aus Deutschland auf dem Kabuler Flughafen. Der letzte Direktflug kam vor zwei Wochen in der afghanischen Hauptstadt an. An Bord waren 27 Männer, abgelehnte Asylbewerber, die zurück in ihre Heimat mussten. Weil ihnen Straftaten nachgewiesen wurden, sie ihre Identität verschleiert hatten oder weil die Behörden sie als Terrorgefährde ansahen. Abgesehen von diesen drei Gruppen gilt derzeit ein Abschiebestopp.

Am Mittwochmorgen landet wieder ein Flugzeug aus Deutschland auf dem Kabuler Flughafen, diesmal ist es ein Regierungsflieger aus Berlin. Außenminister Sigmar Gabriel will sich ein halbes Jahr nach einem schweren Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul ein Bild von der Sicherheitslage machen, um die es auch in der Flüchtlingsdebatte geht.

Kabul wurde in diesem Jahr bereits von 20 schweren Attentaten der radikalislamischen Taliban und der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) erschüttert. Es gab Hunderte Tote. Einer der schlimmsten Anschläge richtete sich gegen Deutschland. Im Mai explodierte an einem Kontrollpunkt nahe der deutschen Botschaft ein mit mehreren Tonnen Sprengstoff beladener Abwasser-Tankwagen. Bis zu 150 Menschen wurden getötet, darunter zwei afghanische Botschaftsmitarbeiter.

Dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani hat Gabriel die Botschaft mitgebracht, dass Deutschland sich davon nicht abschrecken lassen werde. „Wir wollen eine volle, arbeitsfähige Botschaft in Kabul und damit auch zeigen, dass wir zur Stadt, aber auch zum ganzen Land stehen“, sagt er bei einem gemeinsamen Auftritt mit Ghani vor Journalisten im Präsidentenpalast.

Auf dem Rückflug zum Flughafen kreist Gabriels Hubschrauber über der schwer beschädigten Botschaft. Die deut-



Sigmar Gabriel besuchte am Mittwoch auch deutsche Soldaten in Masar-i-Scharif. Foto: Florian Gärtner/photothek.net/dpa

sche Vertretung soll am selben Ort wiederaufgebaut werden. So schnell es geht, sagt Gabriel. Bis auf weiteres müssen der Botschafter und die verbliebenen Mitarbeiter von der US-Botschaft aus agieren. Das Rumpfteam ist unter anderem damit befasst, ein neues Lagebild zu erstellen, das dann auch für die Rückführung von Flüchtlingen relevant sein wird.

Es steht aber schon fest, dass sich im Vergleich zur geltenden Einschätzung von Juli nichts Wesentliches ändern wird: Afghanistan bleibt ein äußerst unsicheres Herkunftsland von Flüchtlingen.

Gabriel verteidigt in Kabul die Abschiebepaxis. Und er verweist darauf, dass bei der afghanischen Regierung die

Abwanderungsbewegung nach Deutschland und Europa mit großer Sorge betrachtet werde. „Es gibt die dringende Bitte der afghanischen Regierung, keine Anreize dafür zu setzen, dass gut ausgebildete Menschen das Land verlassen“, sagt er.

Nur vier Stunden bleibt der Minister in Kabul, dann geht es weiter nach Masar-i-Scharif. Auch dort wird gerade eine neue diplomatische Vertretung gebaut, ungewöhnlicherweise auf dem Gelände des Bundeswehrreamps. Ursprünglich war das Generalkonsulat mitten in der Stadt. Es galt als Symbol für den Übergang von militärischer zu ziviler Hilfe in Afghanistan. Dann wurde auch dieses Gebäude 2016 Ziel eines Anschlags und man be-

gab sich in die Obhut der Nato-Truppen. Eine bittere Kapitulation vor der Realität Afghanistans.

Jetzt wird sogar wieder über eine Aufstockung der Bundeswehrtruppe geredet. Von der Leyen hat die Debatte darüber eröffnet – bei einem Truppenbesuch in Masar-i-Scharif, einen Tag vor Gabriels Reise. Der Außenminister hört im Camp von den Soldaten dasselbe wie seine Kabinettskollegin: den Ruf nach Verstärkung, um Ausbilder besser schützen zu können. Und er kommentiert es ähnlich wie von der Leyen: „Aus der Sicht der Bundeswehr vor Ort ist eine eher moderate Aufstockung sinnvoll. Das muss jetzt der Deutsche Bundestag beraten.“

Im Januar soll alles klar sein

Die Sondierung beginnt mühsam: Sieben Stunden lang geht es vor allem um Termine

Von Andreas Herholz, RNZ Berlin

Berlin. Was er sich von der Union an seinem Geburtstag denn wünsche, wird Martin Schulz gefragt. Doch der SPD-Chef, der gestern 62 Jahre alt wurde, lächelt nur – und eilt zum nächsten Gipfelgespräch mit CDU und CSU über eine Regierungsbildung. Immerhin steht auf dem Verhandlungstisch im Büro von SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles ein Kuchen bereit. Von CSU-Chef Horst Seehofer gibt es später einen bayerischen Löwen aus Porzellan. Doch dann ist es wieder vorbei mit der Feierstimmung.

Stattdessen wird beim Spitzentreffen von Union und SPD gut sieben Stunden lang um Termine und die Grundzüge einer gemeinsamen Agenda für die Sondierungsgespräche gerungen. Mit dabei in der Runde der Chefunterhändler: Kanzlerin Angela Merkel, Seehofer, Schulz, Nahles und Unionsfraktionschef Volker Kauder sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Ganz oben bei den

kommenden Sondierungsgesprächen stehen die Themen Finanzen/Steuern, Wirtschaft/Energie, Familie und Migration/Integration.

Ein erstes Ergebnis gab es bereits gestern: Am 7. Januar sollen offiziell die Sondierungsgespräche beginnen und nach nur sechs Tagen am 12. Januar bereits abgeschlossen werden. Keine zähen Verhandlungen über mehrere Wochen, strikte Vertraulichkeit, es soll möglichst wenig nach außen dringen. Union und SPD wollen die Fehler der gescheiterten Jamaika-Runden nicht wiederholen.

Die SPD mag zwar betonen, dass die Gespräche „ergebnisoffen“ geführt würden. Die Union macht jedoch klar, dass sie nur über eine Große Koalition verhandeln will. Andernfalls stünden die Zeichen auf Neuwahlen.

GroKo zu Ostern oder doch Neuwahlen? „Ich gehe davon aus, dass wir es bis Ostern schaffen können“, erklärte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider. Der designierte Vorsitzende

der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, Norbert Lammer, dagegen rechnet mit einem Scheitern der Sondierungen und Neuwahlen 2018 – allerdings ohne Angela Merkel als Spitzenkandidatin der Union, wie er in einer internen Runde von CDU-Politikern erklärt haben soll.

Fest steht: Nie zuvor hat eine Regierungsbildung nach der Bundestagswahl in Deutschland länger gedauert. „Wir werden die Geduld der Bürger nicht überstrapazieren“, verspricht SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles. Im Januar werde es Klarheit geben. Die Gespräche würden jetzt „so zügig wie möglich“ geführt. Gemeinsames Ziel sei es, „den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken“. Der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) warnt schon einmal: „Die größte Gefahr für einen Politiker ist, wenn die Leute merken, es läuft alles ohne uns. Das ist eine wirkliche Gefahr“, sagte er und verwies darauf, dass es in Belgien „zwei Jahre lang total gut ohne Regierung“ gelaufen sei.

Die Basis fordert eine Neuausrichtung

In der SPD brodelt es – Das musste auch der Heidelberger Bundestags-Abgeordnete Lothar Binding erfahren

Von Michael Abschlag

Heidelberg. Es klingt fast verzweifelt und ein wenig verbittert. „Die SPD hat doch viel erreicht“, ruft der Mann. „Aber das hat sich nicht ausgezahlt.“ Im Saal ertönt zustimmendes Gemurmel, einige klatschen. Immer wieder taucht dieses Thema auf: der Profilverlust, der Wählerschwund, das Erstarken der Ränder. Die Furcht der Sozialdemokraten vor einer Neuausrichtung der Großen Koalition – sie wird fast greifbar an diesem Dienstagabend im Gesellschaftshaus im Pfaffengrund. Bei der Basis.

Der Heidelberger SPD-Abgeordnete Lothar Binding hat zur Diskussion geladen. Auch er bekommt an diesem Abend zu spüren, welche Vorbehalte es in seiner Partei gegen Schwarz-Rot gibt. „Wir brauchen eine Neuausrichtung der Partei, mit mehr sozialer Gerechtigkeit“, fordert jemand aus dem Publikum. Ein anderer formuliert es noch pessimistischer: „Wir haben falsch gemacht, was man falsch machen kann.“

So kommt denn auch prompt ein Gegenvorschlag aus dem Publikum. Da das Parlament kein Selbstauflösungsrecht habe, müsse es vor möglichen Neuwahlen ohnehin dreimal versuchen, einen

Kanzler zu wählen – auch ohne Koalition. „Martin Schulz kann doch beim dritten Wahlgang seinen Hut in den Ring werfen“, so die Idee. Binding hält nicht viel davon. „Mit wem wollen wir dann regieren?“, fragt er. „Nachher unterstützt uns noch die AfD. Das will ich nicht.“

Dabei ist es nicht so, als wäre Binding selbst der größte Anhänger einer Großen Koalition. „Es war richtig, am 24. September zu sagen: Wir gehen in keine Große Koalition“, verteidigt er Martin Schulz' Entscheidung vom Wahlabend. Christian Lindner habe das Land „fünf Wochen lang an der Nase herumgeführt“, schimpft er. Und er liefert auch gleich eine interessante Erklärung dafür, weshalb Schulz – inzwischen weithin als Fehler angesehen – sein Nein zur Großen Koalition nach dem Aus von Jamaika noch einmal wiederholte: „Schulz wollte rausfinden, ob Angela Merkel die innere Bereitschaft für eine Minderheitsregierung hat.“

Könnte eine Minderheitsregierung funktionieren? „Sie hätte der Demo-

kratie und unserem Parlament gutgetan“, zeigt sich Binding überzeugt. Aber: „Dafür müsste Merkel Visionen entwickeln und erklären. Das kann sie nicht.“ Zwar finde er die Juso-Forderung, in die Opposition zu gehen, „nicht schlecht“. Aber: „Wenn es keine Regierung gibt, können wir gar nicht in die Opposition.“

So sieht Binding sich in der schwierigen Situation, trotz eigenen Unbehagens zumindest für Gespräche zu werben – auch wenn er nicht explizit eine Große Koalition empfehlen will. „Wir müssen erst einmal sehen, ob es Gemeinsamkeiten gibt“, sagt er vorsichtig. „Wenn die



Lothar Binding (m.) im Kreis seiner Basis – die hat große Vorbehalte gegen eine neue Große Koalition. Foto: Alex

Union sich bewegt, könnten welche da sein.“ Ziele einer Koalition könnten ein Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse, eine Alternative zum Arbeitslosengeld II oder ein Einwanderungsgesetz sein. Die Botschaft: Wenn man richtig verhandelt, lässt sich bei einer Großen Koalition viel heraushandeln.

Am Ende findet die Große Koalition dann doch noch eine vehemente Befürworterin. „Wir jammern nur rum, sind verliebt in die Opposition und machen uns selbst klein“, verpasst Ex-Stadträtin Christiane Schmidt-Sielaff ihrer Partei eine Abreibung. Die SPD verhalte sich wie „ein Suppenkasper“. „Wir erleben überall in Europa eine Zersplitterung des Parteiensystems. Hier haben wir eine stabile Zweierkoalition. Wo ist das Problem?“

„Wir geraten mit jedem Zug mehr in die Zwickmühle“, fasst Binding das Dilemma seiner Partei zusammen. Ein Problem sieht er auch beim Spitzenpersonal. „Dass Präsidiumsmitglieder permanent mit ihren Ideen in die Zeitungen gehen, ist unmöglich“, schimpft er und wirft Olaf Scholz eine „taktische Demontage“ seiner Rivalen vor. Das findet Zustimmung. Einer formuliert es noch deutlicher: „Der Vorstand soll das Maul halten und Geschlossenheit zeigen.“

NACHRICHTEN

Macron wird 40

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (Foto: dpa) feiert am heutigen Donnerstag seinen 40. Geburtstag. Der jüngste Präsident in der Geschichte der französischen Republik ist in den Um-



fragen im Aufwind: Inzwischen ist jeder zweite Franzose mit seiner Arbeit zufrieden. Auch die Wirtschaftsdaten sind gut: Laut dem Statistikamt Insee könnte das Wachstum in diesem Jahr mit 1,9 Prozent auf ein Sechs-Jahres-Hoch steigen, auch der Arbeitsmarkt entspannt sich.

Neuer Bombenangriff im Jemen

Einen Tag nach einem vereitelten Raketenangriff auf die saudische Hauptstadt Riad hat das saudi-arabische geführte Bündnis die Huthi-Rebellen im Bürgerkriegsland Jemen bombardiert. Bei zwei Luftangriffen in der nördlichen Provinz Saada seien elf Zivilisten getötet worden, sagte der Leiter der örtlichen Gesundheitsbehörde, Abdelellah al-Esi. Ein Huthi-Sprecher berichtete sogar von 19 Toten – unter ihnen seien Frauen und Kinder.

Can Dündar drohen 15 Jahre Haft

Dem ehemaligen Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, droht in der Türkei erneut eine mehrjährige Haftstrafe. Die Staatsanwaltschaft wirft Dündar, seinem Kollegen Erdem Gül und dem Oppositionspolitiker Enis Berberoglu, Unterstützung einer Terrororganisation vor, wie die „Cumhuriyet“ am Mittwoch berichtete. Die Staatsanwaltschaft fordert demnach bis zu 15 Jahre Haft.

Nato: Russland übte Angriff

Russland hat mit dem unstrittigen Großmanöver Sapad (Westen) nach Ansicht westlicher Militärexperten keine Terrorabwehr, sondern einen Angriff auf Nato-Mitglieder geübt. „Bei Sapad ist klar für einen großen zwischenstaatlichen Konflikt trainiert worden“, sagte eine Nato-Sprecherin am Mittwoch in Brüssel. Einem Medienbericht zufolge, der sich auf nicht genannte westliche Geheimdienstler berief, ging es bei dem Manöver um einen Angriff auf die baltischen Staaten.